

Stand: 15.06.2026 22:43:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8268

"Drohnenstrategie für Bayern entwickeln - Bayern muss abwehrbereit sein!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8268 vom 07.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8363 vom 08.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 08.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Drohnenstrategie für Bayern entwickeln – Bayern muss abwehrbereit sein!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend eine ressortübergreifende Drohnenstrategie für den Freistaat zu erarbeiten, die

- Risiken durch unbemannte Luftfahrtsysteme (Drohnen) identifiziert und bewertet,
- Maßnahmen zur Prävention, Detektion und Abwehr von nicht autorisierten oder sicherheitsgefährdenden Drohneneinsätzen vorsieht,
- rechtskonforme Einsatzmöglichkeiten von Drohnen im Bereich öffentliche Sicherheit, Katastrophenschutz und Infrastrukturüberwachung prüft und umsetzt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, insbesondere folgende Punkte in die Strategie aufzunehmen:

- die Verbesserung der Ausstattung der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden mit Technologie zur Drohndetektion und -abwehr (z. B. Radar, Funkfrequenzstörer, Jammer, Drohnenabwehrsysteme, bewaffnete Drohnen, etc.) und vertiefte Aus- und Fortbildung im Bereich der Drohnenabwehr,
- die institutionalisierte Vernetzung aller beteiligter Akteure im Bereich der Drohnenabwehr (u. a. Polizei, Feuerwehr, Bundeswehr, Flughäfen, Betreiber kritischer Infrastruktur),
- die Entwicklung und Einführung eines Lagebilds zur Drohnenaktivität in sensiblen Bereichen (z. B. Flughäfen, Behörden, Veranstaltungen, kritische Infrastruktur),
- die Aufhellung des Dunkelfeldes „Drohnenaktivität“ in Bayern durch eine konsequente Durchsetzung der Registrierungspflicht,
- die konsequente Ahndung von Verstößen gegen europarechtliche (Durchführungsverordnung 2019/947) und nationale Vorschriften (LuftVG, LuftVO, LuftVZO),
- die Zusammenarbeit mit Bundesbehörden, z. B. dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), dem Luftfahrt Bundesamt, dem Bundeskriminalamt (BKA) und der Deutschen Flugsicherung (DFS),
- die Förderung bayerischer Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Bereich Drohnenabwehrtechnologien.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag bis spätestens zum 30. November 2025 einen Bericht vorzulegen, der über den Stand der Strategieentwicklung, bereits ergriffene Maßnahmen und den weiteren Zeitplan informiert.

Begründung:

In der vergangenen Woche wurde der Flughafen München zweimal wegen mutmaßlicher Drohnenangriffe vorübergehend gesperrt. Die Polizei – Bundes- und Landespolizei – durchsuchte Gelände und Luftraum, auch mit einem Polizeihubschrauber, aber ohne Erfolg. Flüge wurden gestrichen und umgeleitet. Rund 6 500 Reisende saßen am Münchner Flughafen fest. Die Bundeswehr leistet inzwischen auf Bitte des Innenministeriums Amtshilfe bei der Drohnenabwehr. Die Ermittlungen dauern an.

Drohnen stellen eine wachsende sicherheitspolitische, gesellschaftliche und technologische Herausforderung dar. Die zunehmende Verfügbarkeit von Drohnen – auch leistungsfähiger Modelle für den privaten oder kriminellen Einsatz – erfordert eine strategische Antwort auf Landesebene.

In der Vergangenheit kam es in Deutschland und Europa immer wieder zu sicherheitsrelevanten Vorfällen mit Drohnen, etwa an Flughäfen, bei Großveranstaltungen oder im Umfeld kritischer Infrastrukturen, zuletzt eben auch zweimal am Flughafen München. Gleichzeitig bieten Drohnen enormes Potenzial im Bereich der öffentlichen Sicherheit, z. B. bei der Vermisstensuche, im Katastrophenschutz oder bei der Erkundung unzugänglicher Gebiete.

Drohnen in Bayern sind für die Staatsregierung ein blinder Fleck: laut Staatsregierung werden circa 90 Prozent der privaten Drohnen über das Internet – insbesondere aus dem Nicht-EU-Ausland – bezogen. Die meisten sind nicht registriert (Drs. 19/7843). Im Jahr 2024 registrierten Bayerns Luftämter zudem 240 Gesetzesverstöße durch privaten Drohneinsatz – im Vergleich zu 2020 (113 Verstöße) eine Steigerung um 112 Prozent. Die Tendenz geht klar nach oben. Die Dunkelziffer liegt offensichtlich weitaus höher. Bisher wurden – trotz eines Rahmens bis zu 50.000 Euro - Bußgelder in Höhe von maximal 700 Euro verhängt. Gleichzeitig verfügt die bayerische Polizei gerade einmal über 130 Drohnen.

Der Freistaat muss sich dieser Thematik umfassend widmen – sowohl mit Blick auf die Abwehr von Gefahren als auch hinsichtlich der sinnvollen Nutzung dieser Technologie. Die Staatsregierung musste zuletzt auf SPD-Anfrage hin einräumen, dass sie bislang keine Drohnenstrategie hat. Weder hat sie umfassende Erkenntnisse über Drohnen in Bayern noch ist ein Gesamtkonzept für die Erfassung und Auswertung von Beobachtungen vorhanden. Auch eine bayerische Drohnenabwehr ist kaum existent. Das kann sich Bayern angesichts der internationalen Bedrohungslage nicht leisten. Die jetzt als „Schnellgesetz“ kurzfristig angekündigte, mit heißer Nadel gestrickte Änderung des Polizeiaufgabengesetzes ändert an der Sachlage nichts, da den Bayerischen Behörden das notwendige Knowhow und die erforderliche Ausstattung schlicht fehlt. Die entsprechenden Ankündigungen des Kabinetts sind bislang finanziell auch nicht hinterlegt. Ein neues Amt muss erst mühsam aufgebaut werden. Deshalb braucht es eine institutionalisierte enge Kooperation der beteiligten Behörden im Freistaat, die effektiv und schlagkräftig sind. Bloße Ankündigungen machen Bayern nicht sicherer und sollen nur von den erheblichen Versäumnissen ablenken: Bayern ist gegen Drohnenangriffe aktuell nicht gewappnet.

Eine koordinierte und moderne Drohnenstrategie ist überfällig, um rechtliche, technische und sicherheitspolitische Herausforderungen zu bewältigen und Chancen zu nutzen. Zwingend notwendig ist auch eine enge Kooperation mit der Bundesebene und den zuständigen Bundesbehörden, um Kompetenzwirrwarr und Doppelstrukturen zu vermeiden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/8268

Drohnenstrategie für Bayern entwickeln – Bayern muss abwehrbereit sein!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Christiane Feichtmeier

Abg. Ralf Stadler

Abg. Alfred Grob

Abg. Richard Graupner

Abg. Florian Siekmann

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Andreas Jurca

Staatssekretär Sandro Kirchner

Abg. Volkmar Halbleib

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

**Drohnenstrategie für Bayern entwickeln - Bayern muss abwehrbereit sein!
(Drs. 19/8268)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. (FREIE WÄHLER)

Bayerns Luftraum durch konsequente Drohnenabwehr schützen (Drs. 19/8269)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Die jüngsten Vorfälle am Flughafen München haben es uns drastisch gezeigt: Unser Freistaat ist nicht ausreichend vorbereitet auf die wachsende Bedrohung durch Drohnen. Tausende Reisende saßen fest, Flüge wurden gestrichen, und am Ende musste sogar die Bundeswehr eingreifen. Das muss doch für uns alle ein Alarmsignal sein; denn es zeigt: Bayern ist gegen Drohnenangriffe derzeit nicht gewappnet.

Die Staatsregierung hat jetzt – meiner Meinung nach ein bisschen spät und vermutlich unter viel Druck – ein Schnellgesetz angekündigt, das uns bislang nicht vorgelegt wurde, ein Gesetz, das mit heißer Nadel gestrickt wurde, das den schönen Anschein erwecken soll: Wir handeln entschlossen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie kennen es doch noch gar nicht!)

Aber die Wahrheit ist: Die Polizei hat zu wenig technische Ausrüstung. Es fehlen klare Zuständigkeiten und eine koordinierte Zusammenarbeit. 90 % der Drohnen in Bayern sind nicht registriert, und Verstöße werden selten und unzureichend geahndet. Das ist die Realität, und diese Realität macht Bayern verwundbar.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD fordern deshalb eine umfassende Drohnenstrategie für Bayern, ressortübergreifend verbindlich und wirksam. Diese Strategie muss aus unserer Sicht Folgendes beinhalten:

Erstens. Eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden, von Radar über Störsender bis hin zu Abwehrsystemen.

Zweitens. Eine institutionalisierte Vernetzung: Polizei, Feuerwehr, Flughäfen, Bundeswehr und Betreiber kritischer Infrastruktur müssen eng zusammenarbeiten.

Drittens. Ein Lagebild für Drohnenaktivitäten, damit Gefahren erkannt werden, bevor sie Schaden anrichten.

Viertens. Die Durchsetzung der Registrierungspflichten und konsequente Ahndung von Verstößen.

Fünftens. Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich Drohnenabwehr, damit Bayern technologisch nicht den Anschluss verliert.

Sechstens. Eine Berichtspflicht bis Ende November. Der Landtag und die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, was umgesetzt wird. Was Sie gestern beschlossen haben, reicht bei Weitem nicht aus. Auf Nachfrage haben Sie, Herr Minister Herrmann, einräumen müssen, dass für die Drohnenrüstung der Polizei noch gar kein Geld eingeplant ist.

Wir von der SPD stehen für einen effizienten und effektiven Drohnenabschuss, wenn die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auf dem Spiel steht. Klar ist aber

auch: Die diesbezüglichen Regelungen müssen wasserdicht sein. Was passiert zum Beispiel, wenn Menschen durch abgeschossene Drohnen verletzt werden? Ich möchte nicht, dass dann meine Kolleginnen und Kollegen von der Polizei dafür verantwortlich gemacht werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Drohnen sind längst nicht mehr nur ein Spielzeug; sie sind Spionage- und Angriffswaffen. Wir dürfen hier nicht hinterherhinken. Unser Dringlichkeitsantrag ist kein Placebo und kein Schnellschuss; er ist ein klares Konzept, präventiv, koordiniert und zukunftsorientiert. Bayern braucht keine Ankündigungen; Bayern braucht jetzt Entschlussfreudigkeit. Die Antwort auf neue Herausforderungen kann im Übrigen auch nicht immer eine neue Behörde in München sein. Sie reden ständig vom Bürokratieabbau, und das Einzige, was Ihnen in der aktuellen Krisensituation einfällt, ist die Schaffung eines neuen – in Wirklichkeit alten – Landesamtes, das vielleicht in einigen Jahren einsatzbereit sein wird.

Ich bitte Sie daher: Stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu für ein Bayern, das handelt und das seine Bürgerinnen und Bürger tatsächlich schützt. Zum Dringlichkeitsantrag der CSU und der Fraktion der FREIEN WÄHLER enthalten wir uns, weil wir keinen Gesetzentwurf begrüßen können, der uns noch gar nicht vorliegt.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom AfD-Abgeordneten Ralf Stadler vor. Bitte schön.

Ralf Stadler (AfD): Frau Feichtmeier, wollen Sie wirklich den Bürgern draußen diese Panik weismachen? Stellen Sie sich einmal vor, ein paar besoffene Wiesnbesucher werfen ihre Lederhosen über den Flughafenzaun. Führen Sie dann auch noch eine Lederhosenabwehr ein? Sie wissen doch ganz genau, dass das ein totaler Hype ist, oder? Glauben Sie wirklich, dass uns sogenannte Russen mit einer Drohne ausspähen müssen? Die Russen haben bereits in den Fünfzigerjahren Satelliten ins All ge-

schossen. Die sehen von dort oben genau, wenn Sie sich einen Popel herausziehen.
– Da wollen Sie uns so etwas weismachen. Glauben Sie das wirklich?

Christiane Feichtmeier (SPD): Herr Stadler, ich muss jetzt nicht auf Ihre seltsamen Ausführungen reagieren. Ganz ehrlich, wir müssen sehen, dass sich in unserem Luftraum Drohnen befinden. Kaum jemand weiß, woher diese Dinger kommen. Es liegt doch im Interesse unser aller Sicherheit, dass wir dagegen vorgehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Alfred Grob für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Drohnen werden insgesamt einen größeren Einfluss auf die Gesellschaft haben, als die Leute meiner Meinung nach jetzt erst erkennen. – So hat es bereits vor Jahren Bill Gates gesagt. Er meinte das aber positiv. Er meinte Drohnen zur Lieferung von Organen, von Medikamenten, zur Überwachung von Waldbränden oder von Flutkatastrophen. Aber, wie wir im Ukraine-Krieg erfahren haben, kann man mit Drohnen leider auch Krieg führen, Sabotage und Spionage betreiben oder anderen durch die bloße Anwesenheit von Drohnen, zum Beispiel am Flughafen, Angst und Schrecken einjagen. Auch wirtschaftlicher Schaden kann durch Drohnen angerichtet werden. Das geschieht leider immer wieder und immer häufiger.

Seit einiger Zeit dringen mutmaßlich russische Drohnen – ich sage "mutmaßlich" – in den Luftraum europäischer Staaten ein, zum Beispiel von Dänemark, Schweden, Polen und natürlich der Ukraine. Mittlerweile ist auch der deutsche Luftraum betroffen. Zunächst wurden mehrfach in Schleswig-Holstein ungeklärte Luftraumverletzungen festgestellt. Jetzt ist die Bedrohung durch Drohnen leider auch in Bayern angekommen.

Während des Oktoberfests, der Wiesn, musste der Luftverkehr am Münchner Flughafen zwei Nächte hintereinander wegen Drohnensichtungen ausgesetzt werden. Das bedeutet, dass die Bedrohung durch Drohnen leider auch in Bayern konkret und präsent ist. Die Folgen haben wir alle mitbekommen, live und in Farbe, wahrscheinlich im Fernsehen, am letzten Wochenende. Genau diese ganz reale Bedrohung haben wir schnell erkannt und darauf reagiert, nämlich mit dem Gesetz zum Schutz vor Drohnenüberflügen in Bayern, das gestern durch das Kabinett auf den Weg gebracht wurde. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass dieses Gesetz auch den Einsatz bewaffneter Drohnen vorsieht. Genau darüber haben wir schon wochen- und monatelang im Rahmen der Beratungen über das PAG diskutiert.

Ziel des neuen Gesetzes ist es, eine rechtssichere Grundlage für unsere Polizistinnen und Polizisten zu haben, wenn es darum geht, unbemannte Luftfahrtsysteme zu erkennen und letztlich zu entfernen. Entscheidend sind hier die drei E, von denen wir noch öfter hören werden. Es ist wichtig, die Flugkörper zu erkennen, zu markieren, zu entscheiden und zu entfernen. Das wird durch unseren Gesetzentwurf in Zukunft besser ermöglicht.

Meine Damen, meine Herren, aus meiner Sicht ist es bezeichnend, dass Bayern damit schnell und klar auf diese Form der Bedrohung seiner Sicherheit reagiert. Ein zweiter Schritt muss allerdings folgen. Der zweite Schritt muss sein, dass auch der Bund reagiert. Deshalb fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag auch, dass die Bundesebene parallel Rechtsgrundlagen entwickelt, um länderübergreifend den rechtssicheren Abschluss von unbemannten Flugsystemen zu ermöglichen. Die Bundesebene muss vor allem klare Zuständigkeiten bei der Anwendung dieser Mittel festlegen, und zwar für die Landespolizei, die Bundespolizei und für die Bundeswehr.

Darüber hinaus fordern wir von der Staatsregierung, sich auf Bundesebene im Bedarfsfall für die Amtshilfe der Bundeswehr bei Drohnenbedrohungen einzusetzen. In aller Regel handelt es sich dabei um nichts anderes als um eine technische Unterstützung. Die rechtliche Verantwortung bleibt bei der Polizei. Die technische Unterstützung

muss über die Amtshilfe durch die Bundeswehr gewährleistet sein. Ehrlicherweise muss man sagen: Die Fluggeräte reichen von 30-Zentimeter-Drohnen, die 50 Meter über dem Boden fliegen, bis zu 8 Meter großen Drohnen, die waffenfähig und damit reine Militärdrohnen sind. Diese Drohnen können sogar auf 5.000 Metern fliegen. Wer alle Formen von Drohnen effektiv bekämpfen will, braucht die Unterstützung durch die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein dritter Aspekt: Wer Drohnen effektiv und nachhaltig im Luftraum bekämpfen will, muss auch an die Forschung denken. Deshalb fordern wir mit unserem Dringlichkeitsantrag auch den Ausbau und die weitere Fortentwicklung des Defense Lab in Erding. Warum ist das wichtig? – Weil wir in diesem Lab Start-ups, wehrtechnische Unternehmen, Hochschulen, Polizei und Bundeswehr zusammenbringen, um Wissenschaft, Forschung und Technologie mit der praktischen Anwendung zu vernetzen. Genau darin sehen wir die Zukunft.

Die in Erding gebündelte Forschung, Entwicklung und Erprobung, also auch das Testen dieser Technologie, führt zur beschleunigten Realisierung von Verteidigungstechnologien. Ich bin überzeugt, dass die technische Entwicklung von Drohnen so kurzfristig erfolgt, dass man darauf technisch und wissenschaftlich reagieren muss. Ich bin überzeugt, dass das Defense Lab in Erding einen Innovationsschub auslösen sowie Waffensysteme und die Wehrindustrie befruchten wird. Wir sind hier für die Polizei, die Forschung, die Entwicklung und die Bundeswehr auf einem richtigen Weg.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang Herrn Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, der bei seinem Besuch in Erding am 22. Juli sagte: "Unser Anspruch muss sein, vorauszu-denken, also vor der Welle zu sein." Genau das wird das Defense Lab in Erding leisten. Davon bin ich überzeugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass unsere Freiheit, unsere Demokratie und auch unsere Art zu leben seit geraumer Zeit so stark bedroht sind, wie seit dem

Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Militärexperte Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr hat deshalb zur Eile gemahnt. Das gilt für die Ausrüstung der Bundeswehr und für die Sicherheitsbehörden bezüglich der Ausrüstung mit Drohnen. Das gilt des Weiteren für die Beschaffung von Drohnenabwehrsystemen. Er hat wörtlich gesagt: "Wir sind nicht mehr im Frieden, sondern in Krisenzeiten, da können wir uns nicht ewig Zeit lassen."

Meine Damen und Herren, das nehmen wir sehr ernst. Wir haben diesen Gesetzentwurf schnell, klar und nachhaltig auf den Weg gebracht; denn wir alle haben Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen für die Sicherheit sorgen, auch wenn sie von oben bedroht wird. Für diese Sicherheit werden wir von der CSU eintreten. Ich bitte deshalb aus Überzeugung um Ihre Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der SPD ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Die jüngsten Vorfälle am Münchner Flughafen, die Tausende Reisende stranden ließen, zeigen uns schon eindrucksvoll: Drohnen sind keine Spielzeuge mehr, sondern sie entwickeln sich zu einer ernsthaften sicherheitspolitischen Herausforderung. Bayern muss diesbezüglich handlungsfähig werden; das ist unstrittig.

Aber ich möchte auch davor warnen, nun jeden Drohnenflug und jede Drohnensichtung zum Staatsnotstand aufzubauschen. Die Staatsregierung selbst hat auf unsere Anfrage hin eingeräumt, dass bei keinem der Drohnenvorfälle der vergangenen Jahre Hinweise auf Terrorismus oder Spionage vorlägen. Das ist bisher auch bei den jüngsten Vorfällen nicht anders. – Das nur vorweg.

Jetzt zu den vorliegenden Anträgen.

Der SPD-Antrag legt einen konzeptionell durchaus nachvollziehbaren Ansatz vor, indem er eine ressortübergreifende Drohnenstrategie fordert. Konkrete Maßnahmen wie Drohnendetektion durch Radar, Funkfrequenzstörer oder ein Lagebild für sensible Bereiche wie Flughäfen erscheinen sinnvoll. Zudem kritisiert der Antrag völlig zu Recht die Untätigkeit der Staatsregierung. Wenn der Münchner Flughafen aufgrund ungeklärter Drohnenvorfälle zwei Nächte hintereinander stillsteht, dann ist das ein nicht hinnehmbares Armutszeugnis für die Sicherheitsstrategie des Innenministeriums.

(Beifall bei der AfD)

Wir sehen allerdings auch Verbesserungsbedarf. Anstatt auf einer Registrierungspflicht zu bestehen, die zum Beispiel Hobbydrohnenpiloten unnötig gängeln würde, schlagen wir vor, moderne, KI-gestützte Detektionssysteme zu benutzen, die gezielt Bedrohungen erkennen, ohne die Privatsphäre der Bürger einzuschränken. Solche Technologien sind effizienter und bürgerfreundlicher als bürokratische Kontrollen.

Der CSU-Antrag glänzt vor allem mit geopolitischer Rhetorik. Dann feiern Sie das geplante Gesetz zum Schutz vor Drohnenüberflügen als großen Fortschritt. Aber bisher hat die Staatsregierung überhaupt keinen Handlungsbedarf gesehen. Das hat sie auf eine Schriftliche Anfrage von uns hin noch im August schwarz auf weiß zu Protokoll gegeben: keine terroristische Gefährdungslage, keine Notwendigkeit einer Änderung des Polizeiaufgabengesetzes, und dies, obwohl die Zahl der Drohnenvorfälle seit Jahren kontinuierlich angestiegen ist.

Jetzt ändern auf einmal zwei Vorfälle von, wie man bislang hört, handelsüblichen Drohnen für den Privatgebrauch alles. Nun hören wir plötzlich vom Ministerpräsidenten: Der Schutz unseres Territoriums hat absolute Priorität. – Wohl wahr. So eine Entschlossenheit hätten wir uns allerdings im Jahr 2015 gewünscht. Dann wäre den Deutschen viel Leid erspart geblieben. Wieso also plötzlich dieser fast an Hysterie grenzende hektische Aktivismus? Wieso auf einmal abschießen statt abwarten? – Ich

sage es Ihnen: Mit einem markigen Wildwestspruch Handlungsentschlossenheit zu simulieren, lenkt wunderbar von der bisherigen eigenen Untätigkeit ab. Es gibt also wahrlich keinen Grund für die CSU, sich hier selbst auf die Schulter zu klopfen.

Im Gegensatz zu Ihnen setzt die AfD auf ein entschlossenes, umfassendes, effektives, aber auch faktenbasiertes Vorgehen. Wir brauchen klare Regeln, die den Einsatz von Abwehrtechnologien auf konkrete Gefahren und kritische Infrastruktur beschränken. Wir fordern eine realistische Haushaltsplanung, um die Maßnahmen zügig umzusetzen, ohne dabei auf hektische, panikinduzierte Schnellschüsse zu setzen.

Wir werden dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Beim CSU-Antrag enthalten wir uns der Stimme.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Florian Siekmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Fakt ist: Die hybriden Bedrohungen sind real und kommen vor allem aus Russland. Fakt ist auch: Der Münchner Flughafen wurde zwei Nächte lang in Folge lahmgelegt. Das lag nicht an dem unzureichenden Polizeigesetz, sondern das lag an fehlenden Fähigkeiten zur Abwehr von Drohnen, die längst hätten aufgebaut werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz zum Gesetz: Ich habe schon im Mai das Innenministerium zur Drohnenabwehr gefragt. Die Antwort war – Zitat –: Auf Grundlage des Polizeiaufgabengesetzes kann die bayerische Polizei zur Gefahrenabwehr Drohnen deaktivieren, verifizieren und abwehren. – Fakt ist also: Am Flughafen München hätte die Polizei schon längst gedurft, sie hat aber mit den zur Verfügung stehenden Fähigkeiten nicht gekonnt. Die vollmundigen Ankündigungen, die wir alle jetzt am Wochenende vom Ministerpräsi-

denen gehört haben, sollten vor allem darüber hinwegtäuschen, dass die Fähigkeiten aufgrund von politischen Versäumnissen der CSU nicht aufgebaut worden sind, sonst nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wirklich dringender gesetzlicher Handlungsbedarf besteht im Bund. Da hat CSU-Bundesinnenminister Dobrindt die Änderung des Luftsicherheitsgesetzes ein halbes Jahr lang liegen lassen und so die Bedrohung völlig verschlafen. Die Kompetenzen von Polizei und Bundeswehr müssen dringend neu geordnet werden, auch die Rolle des Bundes bei der Luftraumsicherheit. Kompetenzgerangel am Flughafen- oder am Kasernenzaun können wir uns nicht länger leisten. Ich nehme erstaunt zur Kenntnis – und halte das für ein kleines Armutszeugnis –, dass Sie Ihren eigenen Bundesinnenminister jetzt per Antrag doch einmal zum Handeln auffordern. Das ist überfällig. Den Entwurf gab es schon von der alten Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kompetenzwirrwarr ist keinesfalls gelöst. Gestern erklärte eine Sprecherin der Bundespolizei gegenüber der "SZ" – Zitat –: Im Rahmen ihrer Aufgaben an Verkehrsflughäfen sind sowohl die Deutsche Flugsicherung, die Flugplatzbetreiber, Landesluftsicherheitsbehörden, die Polizeien der Länder als auch die Bundespolizei zuständig. – Das sagt die Bundespolizei. Politisch verantwortlich ist der CSU-Bundesinnenminister.

Der Flughafen München hat mir dann gestern geschrieben – Zitat –: Detektion und Abwehr von Drohnen liegen in der Verantwortung der Bundespolizei und Landespolizei. – Das ist der Flugplatzbetreiber, politisch verantwortlich der CSU-Finanzminister. Dann haben wir das Luftamt: CSU-Bauminister; die Landespolizei: CSU-Landesinnenminister; die Flugsicherheit: nicht CSU, aber CDU-Bundesminister. Jeder zeigt am Ende auf jeden. Die CSU zeigt auf sich selbst. Das löst aber nicht das Problem. So kann eine Drohnenabwehr am Flughafen in München auf keinen Fall organisiert werden. Das ganze Theater, das wir jetzt seitens des Ministerpräsidenten um das sogenannte

Schnellgesetz erlebt haben, sollte doch vor allem Kompetenzwirrwarr und Versagen kaschieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt noch zum Schnellgesetz. Das wird ja in dem Dringlichkeitsantrag begrüßt. Dieses Schnellgesetz ist derart schnell unterwegs, nämlich im Schnecken tempo, dass es bis jetzt, bis gerade eben – ich habe noch mal nachgeschaut – den Weg zum Landtag nicht geschafft hat. Es wurde weder allen Abgeordneten zugestellt – im Übrigen auch mir als stellvertretendem Innenausschussvorsitzenden nicht, der das mal auf die Tagesordnung setzen soll – noch im Parlamentsbeteiligungsverfahren eingestellt. Sie wollen also, dass der Landtag ein Gesetz begrüßt, das ihm offiziell nicht einmal vorliegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, meine Damen und Herren, zieht man den Parlamentarismus und den Landtag wirklich ins Lächerliche. Solche Begrüßungsanträge bringen für die Drohnenabwehr nichts und haben auch sonst keine Wirkung.

Überhaupt einmal etwas zu den Begrüßungsanträgen: Meinem Verständnis nach ist der Landtag zum Beraten und Beschließen da. Das Begrüßen machen wir gerne auf dem Weg in den Plenarsaal. Aber hier im Saal sollten wir entscheiden. Entschieden es Handeln wäre für eine wirkungsvolle Drohnenabwehr wichtig. Dass das geht und keine Zukunftsmusik ist – es geht übrigens auch ohne martialische Abschussmetaphern –, zeigt der Flughafen Singapur.

Was wir bei uns bräuchten, das wären rund um kritische Infrastrukturen wie gerade Flughäfen eine multisensorische Erkennung, um Drohnen zu erkennen und einschätzen zu können, Drohnenabwehreinheiten von Bund und Land, die auch über den Flughafenzaun hinaus operieren können, ohne gleich in Kompetenzgerangel ausbrechen, gerne auch mobile Einheiten für die Landespolizei, damit man auf Droh-

nensichtungen durch die Bevölkerung reagieren kann – dann wäre aber auch eine Handlungsempfehlung für die Bevölkerung gut, wie sie denn bei Drohnensichtungen reagieren soll –, und ein sauberes Lagebild, das nicht nur alle paar Monate erscheint. Das alles in einem Operationsplan zur Drohnenabwehr wäre die richtige Antwort auf die hybriden Bedrohungen, denen wir entgegenblicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in Deutschland ist ernst, wesentlich ernster, als der Kollege von der AfD sich auch nur ausmalen mag. Diese Verharmlosung von rechts außen folgt einem klaren Muster. Die AfD hat immer noch nicht erkannt, dass wir zumindest nicht mehr im Frieden sind, vielleicht sogar schon einen Schritt weiter, weil der Aggressor Putin nach der Restitution früherer Machtverhältnisse strebt, die Sowjetunion und den Warschauer Pakt wieder aufstellen will und auch Deutschland destabilisieren möchte und dies bereits tut. Ich sage es hier ganz deutlich: Die Tatsache, dass Sie mit so vielen Abgeordneten hier im Bayerischen Landtag sitzen, ist tatsächlich auch ein Erfolg von Wladimir Putin und seinen Destabilisierungsversuchen.

(Zuruf von der AfD: Was erlauben Sie sich! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Das ist klar, dass Sie sich dagegen reflexhaft zur Wehr setzen wollen. Aber das, was hier im Cyberraum, im Internet abgeht, kommt auch aus russischer Propaganda

(Zurufe von der AfD)

und ist dazu angetan, Sie zu stärken.

Wir haben heute ein anderes Thema, das Thema Drohnenabwehr. Das Thema Drohnenabwehr zielt auch auf die Bedrohung durch Russland. Egal, ob jetzt alle Vorfälle

tatsächlich originär auf russische Destabilisierung zurückgehen oder nicht: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass die Aggressionen von russischer Seite zunehmen. Im Cyberraum führen sie bereits Krieg gegen uns. Die Drohnen werden kommen, und es wird weitere Versuche geben, die Verteidigungsbereitschaft, die Verteidigungsfähigkeit, die Resilienz unserer Gesellschaft zu testen. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir hier gegensteuern.

Wir haben, wenn ich kurz zurückblicken darf, 1989 deswegen den Warschauer Pakt, den Kommunismus besiegt, weil wir stärker aufgestellt waren, militärisch, aber auch von der Gesellschaft her verteidigungsfähig und verteidigungsbereit waren. Deswegen haben wir es geschafft, dass diese Diktatur in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten Osteuropas verschwunden ist. Die große Gefahr ist, dass Russland jetzt durch Destabilisierungsaktionen zurückschlägt. Deswegen müssen wir uns gerade im Bereich der Drohnenabwehr stark aufstellen.

Ich komme jetzt zum SPD-Antrag. Da stehen durchaus Dinge drin, die vernünftig sind. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Nur, ihr tut ja so, als ob dieses Thema erst seit vorgestern hier in Bayern auf der Tagesordnung stünde.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Aber, lieber Kollege Halbleib, da muss ich Sie korrigieren. Ich kann Ihnen sagen: Im Februar 2017

(Volkmar Halbleib (SPD): Da bin ich gespannt!)

fand auf meine Initiative hin eine Vorführung von Drohnenabwehrsystemen einer israelischen Firma statt. Da war alles da, was Rang und Namen hatte, die Landespolizei, die Bundespolizei. Da hat man vorgeführt, wie man Drohnen zu Boden bringt, ohne sie abschießen zu müssen,

(Zurufe von der SPD)

durch Jamming und durch Übernahme von Frequenzen. Ich kann mich noch gut daran erinnern. Ich hatte diesen Termin mit organisiert. Seitens der Israelis war Godel Rosenberg, der frühere Leiter der Bayerischen Vertretung in Tel Aviv, federführend. Wir haben uns lange mit diesem Thema befasst.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber nichts gemacht!)

Ich sage Ihnen auch, Kollege Halbleib: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor zwei Jahren einen Antrag im Bundestag zur Drohnenabwehr eingebracht. Der wurde von der damaligen Bundesregierung abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir reden von Bayern!)

Und was machen wir hier in Bayern?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ablenkungsmanöver!)

Wir machen hier in Bayern Nägel mit Köpfen. Ich sage Ihnen drei Punkte, die wesentlich sind. Das Erste ist: Wir müssen die bayerische Polizei noch zusätzlich ausstatten, damit sie der Aufgabe der Drohnenabwehr gerecht werden kann. Sie ist bereits ausgestattet. Aber hier werden wir noch zusätzliche Mittel benötigen.

Zweiter Punkt: Rechtsgrundlagen. Ich meine, das jetzige Recht der Gefahrenabwehr gibt es schon her, dass man bei konkreten Gefahren Drohnen unschädlich machen kann. Dennoch ist es positiv, wenn wir das konkretisieren.

Und, Herr Kollege Halbleib: Wir müssen auch auf Bundesebene für Rechtsklarheit, für Rechtssicherheit sorgen; denn Sie sehen es einer Drohne ja nicht an: Ist das eine Drohne, die von einem feindlichen Staat, also militärisch, abgeschossen oder abgesendet wurde? Ist es eine Drohne, die von einer Terrororganisation kommt oder von einem Geisteskranken? Das wissen Sie nicht. Sie können nicht erst ein Rechtsgutachten in Auftrag geben. Dann brennen die Häuser. Sie müssen im Rahmen der Gefahrenabwehr dafür sorgen, dass die Bundeswehr bei der Drohnenabwehr zumin-

dest, was die größeren Geräte anbetrifft, Amtshilfe leisten kann. Wir müssen auch auf Landesebene für Konkretisierung sorgen. Das tun wir bereits.

Wir müssen drittens im Exekutivbereich die einzelnen Organisationen Bundeswehr, Bundespolizei und Landespolizei harmonisieren. Aus diesem Grund ist die Initiative der Regierungsfractionen und der Staatsregierung die richtige Antwort auf die derzeitige Bedrohungslage. Deswegen stimmen wir unserem Antrag natürlich zu.

In dem SPD-Antrag – ich sage es noch einmal – sind durchaus vernünftige Dinge drin. Aber der Grundtenor ist falsch, der da lautet: Wir müssen jetzt – guten Morgen – aufwachen und eine Drohnenstrategie entwickeln.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja! Habt ihr nicht gemacht!)

Das ist realitätsfern. Deswegen ist dieser Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Jurca für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Andreas Jurca (AfD): Werter Kollege Pohl, ich gestehe Ihnen zu, und es ist auch unsere Pflicht, dass wir, gerade was fremde Mächte betrifft, sehr skeptisch schauen, was da passiert, Stichwort Moscheenfinanzierung aus der Türkei oder Saudi-Arabien. Bei solchen Sachen, wo unsere Gesellschaft aktiv negativ beeinflusst wird, da muss man genau hinschauen, da muss man etwas machen. Auch hätte ich mir gewünscht, dass Sie bei der Nord-Stream-Sprengung ganz genau nachschauen und nachfragen, welche fremden Mächte denn dahinterstecken, wenn es darum geht, dass deutsche Infrastruktur angegriffen wird.

Nur eine Sache kann ich nicht verstehen, und dazu würde ich Ihnen gerne eine Frage stellen: Ich weiß, dass durch die illegale Migration sehr viele Bürger in Deutschland

gelitten haben. Aber wie viele Bürger aus Deutschland sind denn hier auf deutschem Boden gestorben wegen Putin? Das hätte ich gerne gewusst, weil das ja die primäre Gefahr für Sie ist.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nachdem Sie nicht zum Thema reden, werde ich meine Zeit dafür nutzen, noch einen Gesichtspunkt anzubringen.

(Zurufe von der AfD)

Wir haben nämlich hier in Bayern Industrie, die im Bereich der Drohnenabwehr eine exzellente Expertise hat. Auch die gilt es zu stärken. Da müssen wir schauen. Das sage ich auch in Richtung SPD – ihr stellt den Verteidigungsminister –: Da müssen wir gemeinsam unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, dass zum Beispiel ein Unternehmen – ich nenne jetzt ein Unternehmen, weil es das weltweit innovativste im Bereich Drohnen und Drohnenabwehr ist, insbesondere was KI-gestützte Drohnenabwehr betrifft –, nämlich das Unternehmen Helsing, hier aus Bayern zum Zuge kommt. Es ist nämlich existenziell wichtig, dass wir hier breit aufgestellt sind und nicht auf einen großen Player vertrauen; denn diese Aufgabe ist eine Herkulesaufgabe für Staat und Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat der Staatssekretär Sandro Kirchner um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, ich muss versuchen, die Dinge ein bisschen einzunivellieren, einzufangen und korrekt einzuordnen. Die jüngsten Vorfälle mit Drohnen, gerade weil der Flugbetrieb am Münchner Flughafen mehrere Stunden eingeschränkt bzw. sogar eingestellt war, zeigen uns auf, dass wir einer erheblichen Bedrohung ausgesetzt sind. Wir sind einer akuten Gefährdung durch Drohnen ausgesetzt. Wenn wir die Medien und die Nachrichtenlage verfolgen und

auch weltweit das Thema anschauen, stellen wir fest, dass die Gefährdung aktuell zunimmt und stetig steigt. Die Diskussion ist allgegenwärtig.

Diese Angriffe – und so will ich auch die Situation am Münchner Flughafen einordnen –, die durch Störungen mit Drohnen am Münchner Flughafen stattgefunden haben, gefährden die kritische Infrastruktur. Sie gefährden auch militärische Einrichtungen. Sie stören den Luftverkehr. Sie gefährden die Passagiere im Luftverkehr. Vor allem aber sorgen sie für enorme wirtschaftliche Schäden, weil eine erzwungene Außerbetriebnahme eines Flughafens Auswirkungen auf Lieferketten usw. hat. Es gehen damit viele Probleme einher. Es ist auch schlimm, dass durch solche Zwischenfälle das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigt wird. Darunter leidet auch die subjektive Sicherheit in Bayern. Das ist auch ein Nährboden für unerwünschte andere Themen.

Wir alle sind uns einig, dass Handlungsbedarf besteht. Das ist unstrittig. So habe ich das auch verstanden. Handlungsbedarf ist gegeben, es muss unverzüglich gehandelt werden, um diesen Bedrohungen massiv etwas entgegenzusetzen zu können.

Alle Redner, die heute vor mir an diesem Rednerpult gestanden haben, haben nichts anderes gesagt. Wenn ich ihre Worte zusammenfasse, könnte ich sagen: Vielen Dank, wir sind alle auf der gleichen Seite, weil wir die Dinge angehen und regeln wollen. Vor allem aber wollen wir diese Gefahren abwehren.

Frau Feichtmeier, Herr Siekmann und auch Herr Graupner, eines möchte ich aber korrekt einordnen; denn Sie haben es so dargestellt, als ob der Freistaat diesbezüglich bislang nichts getan hätte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er hat vielleicht wenig getan! – Zuruf der Abgeordneten Christiane Feichtmeier (SPD))

– Sie sind sogar Polizistin und im Innenministerium tätig gewesen. Ich darf Ihnen an dieser Stelle sagen: Wenn Sie länger in der Politik aktiv waren – das sind alle

Anwesenden, die ich angesprochen habe –, dann hätten Sie zur Kenntnis nehmen müssen – deswegen sage ich es Ihnen jetzt noch einmal –, dass unsere Polizei viele Maßnahmen in Bezug auf Drohnenabwehr, Drohnendetektion und vieles andere mehr eingeleitet hat.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Es ist ganz klar: Die Polizei hat einiges zur Drohnenaufklärung, zur Detektion und zur Abwehr eingebracht. Viele Dinge sind initiiert worden, damit eine mobile Drohnendetektion vorhanden ist, dass eine Erprobung mit Abwehrtechnologien stattfindet, dass ein Aufbau von Kompetenzstellen für Drohnen erfolgt. Vor allem aber sind spezielle Einsatzkonzepte zum Schutz der kritischen Infrastruktur, zum Schutz von Großveranstaltungen und auch zum Schutz sensibler Objekte bereits längst vorhanden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ja auch alles in Ordnung!)

– Kollege Halbleib, ich weiß nicht, was Sie meinen. Ich verstehe es leider nicht. Ich sage aber, wie ich das einschätze. Ich habe die Einheiten besucht und mir die Technik vorstellen lassen. Wie es der Zufall so will – ich war hier in München bei einer Großveranstaltung – kam die Drohnenabwehr der Polizei zum Einsatz. Sie hat eine ungefährliche Drohne, eine illegale Fotodrohne, zur Landung gebracht und untersucht. Wer also behauptet, dass der Freistaat in der Vergangenheit geschlafen hat, der sagt Falsches.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das bestreiten wir gar nicht! Es gibt aber Lücken!)

Zur Ehrlichkeit gehört aber dazu: Wenn es Lücken gibt – – Wir könnten heute schon viel weiter sein. Wir wären auch gerne weiter. Deswegen müssen wir die Dinge einordnen. Wir haben in der Bundesregierung festgestellt, dass gerade in der zurückliegenden Zeit, als das Thema Drohnen zunehmende Bedeutung bekommen hat – das war seit dem Jahr 2020 ungefähr –, sehr viele Dinge trotz verschiedener Sichtungen in der Vergangenheit blockiert und verzögert worden sind.

Herr Siekmann, Sie haben sich hierhergestellt und haben mit den GRÜNEN in der Bundesregierung jede Gelegenheit genutzt, um die rechtlichen Befugnisse der Polizei, die erweitert werden sollten, zu blockieren, zu verzögern und das Ganze am Ende des Tages auszusetzen und darauf dann Dinge in Abrede zu stellen. Die SPD war da schon etwas proaktiver.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die SPD, das habe ich angedeutet, ist an der Stelle etwas weiter und zeigt sich etwas offener. Wir stellen aber in der aktuellen Diskussion schon wieder fest, wie das in der Vergangenheit auch schon war, dass immer dann, wenn andere Akteure – Sie versuchen gerade, ressortübergreifend, schnittstellenübergreifend in Ihrem Antrag die Themen anzusprechen – wie die Bundeswehr ihre ganz anderen Möglichkeiten und Kompetenzen in dieses System einbringen könnten, wenn es um zivile Schutzmaßnahmen geht, Sie als SPD sich auf die Bremse stellen und sagen: Bei der Bundeswehr sind wir an der Stelle nicht gesprächsbereit. Also blockieren auch Sie im Moment wichtige Dinge, die weitergebracht werden könnten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein! Wir halten uns an die Verfassung der Bundesrepublik! Das ist die Verfassung der Bundesrepublik, die Sie hier infrage stellen! Das Bundesverfassungsgericht hat klare Maßgaben formuliert!)

– Richtig. Deswegen ist aber der politische Diskurs so, dass man Lösungen sucht und sich entsprechend darauf einlässt, Herr Halbleib. Es ist unzulässig, dass man immer nur sagt, wie es nicht geht, sondern man muss auch Lösungen aufzeigen.

Ich komme zur AfD und Ihnen, Herr Graupner. Sie und Ihre Kollegen, die das mit den Zwischenrufen und der Intervention einbringen, Sie verharmlosen das, weil Sie immer nur versuchen, den militärischen Aspekt zu betonen. Drohnengefahren sind aber vielfältig. Wenn es um die kritische Infrastruktur oder um die Delegitimierung des Staates geht, gibt es auch ganz andere Ansätze. Da gibt es Extremismus zur linken und rechten Seite oder wie auch immer er geartet ist. Spätestens da müssten

Sie bereit sein zu sagen: Eine Drohnenabwehr, egal aus welchem Grund, ist wichtig. Insofern verstehe ich nicht, warum Sie hier so auftreten.

Wir wollen weiterkommen. Deswegen hat der Freistaat Bayern in der Kabinettsitzung am Dienstag einen entsprechenden Gesetzentwurf, einen Erlass für einen Gesetzentwurf, zur Änderung des PAG auf den Weg gebracht, damit das eine Taskforce bei der Bereitschaftspolizei, das Drohnenkompetenzzentrum, ein Abwehrzentrum mit dem Defense Lab in Erding auf den Weg bringen kann. Dort sollen Akteure vernetzt werden, wie es der Kollege Alfred Grob vorhin schon gesagt hat. Deswegen unterstützen wir natürlich den Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der an der Stelle sogar noch weitergeht und in Richtung Berlin adressiert ist. Darin geht es darum, andere Rahmenbedingungen zu bekommen, um diese Initiativen umzusetzen.

Eines will ich an der Stelle schon sagen: Wenn dann der SPD-Antrag noch dazu kommt, Frau Feichtmeier, dann wird da schon wieder gebremst. Es wird schon wieder versucht, Zeit zu schinden. Damit verkennt man, dass Bayern an der Stelle schon konkret etwas tut und schon einige Dinge im Werden sind. Einige Dinge sind schon umgesetzt. Wir sind schon viel weiter, als Sie das im Antrag skizzieren.

Herr Siekmann, Ihnen will ich auch noch eines sagen. Ich war vorhin etwas entsetzt, weil ich es von Ihnen nicht kenne, dass Sie Nebelkerzen zünden und etwas Falsches sagen. Natürlich ist es so: Wenn der Ministerrat einen Erlass, einen Gesetzentwurf ankündigt und auf den Weg bringt, dass dann gewisse Abläufe auch mit einhergehen. Wenn ich richtig informiert bin, wurden Sie vor drei Stunden kontaktiert, weil man mit Ihnen sprechen wollte, um Einbindungsfristen zu koordinieren und zu klären. Sie sagen aber bis zum jetzigen Moment – das war nicht vor drei Stunden, sondern erst vor ein paar Minuten, als Sie hier gestanden sind –, Sie hätten noch von nichts gehört und wüssten von nichts.

(Zurufe der Abgeordneten Florian Siekmann (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Es würde nichts passieren. Ich bitte Sie, das an dieser Stelle noch richtigzustellen, weil ganz so ist es nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört! – Zuruf von den GRÜNEN)

Man hat durchaus versucht, Sie in die Diskussion einzubinden, und zwar auch vor allem, weil Sie gerade Roland Weigert in seiner wichtigen Funktion als Ausschussvorsitzender des Innenausschusses vertreten. Deswegen sollten Sie das an der Stelle auch begleiten.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die Initiative ist ganz wichtig, weil der Erlass des Gesetzes zum Schutz vor Drohnenüberflügen in Bayern ganz wichtig ist, um ein Stück weit die Rechtssicherheit zu gewährleisten. Selbstverständlich ist im PAG, in der Generalklausel, schon einiges geregelt und damit auch beschrieben. Im Fall der Fälle könnte man die Dinge auch machen. Es geht darum, insbesondere wenn Sicherheitserfordernisse gegeben sind, dass diese klar spezifiziert sind, dass Persönlichkeitsrechte und auch Eigentumsrechte Dritter klar definiert sind. Es ist ganz wichtig, dass das PAG angepasst wird. Diese Klarheit und Rechtssicherheit müssen für die Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei gegeben sein, damit sie handeln können.

Diese Regelungen schaffen also Fähigkeiten, Kompetenzen aufzubauen. Sie schaffen Rechtssicherheit. Vorhin wurde der Flughafen konkret genannt. Konkret in dem Fall ist natürlich auch die Zuständigkeitsfrage ein Hindernis, das gelöst werden muss. Auch das ist in dem Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER mit drin. Es geht klar darum, wer an der Stelle und in welchem Fall am Münchner Flughafen zuständig ist. Die Zuständigkeit liegt bei der Bundespolizei. Das handicapt uns. Deswegen ist es wichtig, dass wir zusammenhalten und nicht das politische Klein-Klein leben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt vom Kollegen Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Kirchner, ich lasse mich wirklich gerne beim Wort nehmen. Aber ich habe gesagt: Der Gesetzentwurf liegt nicht vor. Ich habe in der Tat gestern schon mit dem Landtagsamt diskutiert, wie wir schnellstmöglich eine Beratung sicherstellen können, also in welcher Sitzung wir es schaffen, mit den möglichen Fristen den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung zu nehmen. Dafür muss ich ihn aber haben. Und das ist bis jetzt nicht der Fall. Punkt! Wann kann ich denn damit rechnen, dass das Haus den Gesetzentwurf an den Landtag und auch an die zuständigen Abgeordneten übermittelt? Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Das wichtigste Gesetz zur Frage dieses Kompetenzgerangels ist aus meiner Sicht das Luftsicherheitsgesetz, in dem dargelegt ist, wer in welcher Form wie den Luftraum überwacht und gegebenenfalls eingreifen kann. Genau zu diesem Gesetz hat die alte Bundesregierung noch eine Vorlage eingebracht, die von den Unionsfraktionen nicht mehr zur Beratung im Bundestag angenommen worden ist, als man darauf angewiesen war, dass auch Nicht-Regierungsfraktionen die Beratungen stützen. Seitdem liegt es brach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Ich komme meiner Aufforderung selber nach, dass wir uns jetzt nicht im politischen Klein-Klein verlieren. Sie haben recht, dass Ihnen der Gesetzentwurf nicht als Text vorliegt; aber es wäre gut, dass tatsächlich der Austausch mit der Staatsregierung stattfindet, um die weiteren Schritte eng abstimmen zu können. Was die Verhinderung im Bundestag betrifft, hatte man drei Jahre Zeit. Als es nicht mehr ging, ist man vielleicht aktiv geworden; aber Sie haben selber gerade erklärt, warum diese Aktion nicht mehr zustande gekommen ist.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatssekretär Kirchner, bei sehr großer Wertschätzung darf ich, weil Sie den Kollegen Siekmann gerade angesprochen haben, einmal ganz präzise nachfragen: Liegt der Gesetzentwurf der Staatsregierung den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER vor? Ja oder nein? Haben Sie den übermittelt? Hat Ihr Haus ihn übermittelt? Hat ihn die Staatsregierung übermittelt?

Der Antrag der CSU enthält den Wortlaut "wir begrüßen ausdrücklich". Deswegen ist davon auszugehen, dass der Gesetzentwurf vorliegt. Ich frage Sie: Ist dieser Gesetzentwurf informell oder wie auch immer den Regierungsfractionen zur Verfügung gestellt worden? Ja oder nein? Warum wurde er den Oppositionsfractionen nicht zur Verfügung gestellt, obwohl er hier zumindest begrüßt wird und deswegen den Regierungsfractionen bekannt sein muss? Darauf hätte ich gerne eine glasklare Antwort.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Volkmar Halbleib (SPD): Die Fragen lauten: Wurde der Gesetzentwurf den Regierungsfractionen zur Verfügung gestellt, und warum wurde er bisher den Oppositionsfractionen nicht zur Verfügung gestellt?

(Widerspruch bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

(Unruhe)

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Die Frage ist an mich gestellt worden. Ich würde sie gerne beantworten. Kollege Halbleib, ob ein Gesetzentwurf irgendjemand anderem außer der Staatsregierung vorliegt, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bin an der Stelle ganz ehrlich.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber bevor Sie jetzt lachen und entsprechend Ihre Ableitungen vornehmen: Wenn man sich als Abgeordneter informiert, dann abonniert man die Ankündigungen und Verlautbarungen, die nach der Kabinettsitzung veröffentlicht werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die habe ich gelesen!)

Ich habe das gelesen an der Stelle. Und es steht ganz genau darin, was der Erlass der Bayerischen Staatsregierung in diesem Zusammenhang – –

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

– Hören Sie mir jetzt zu? Wenn Sie mir eine Frage stellen, muss ich Ihnen auch antworten dürfen. Oder ist die Höflichkeit an der Stelle bei Ihnen zu Ende, wenn Sie eine Antwort bekommen?

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe dreimal angesetzt und bin von Ihnen wie im Knabenchor dreimal unterbrochen worden.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der Herr Staatssekretär hat das Wort. Bitte.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Über die anderen schimpfen, aber die Methode dann selber anwenden. Ist das Opposition?

(Widerspruch bei der SPD)

In diesem Bulletin steht ganz klar drin, dass die Staatsregierung in der Kabinettsitzung einen Erlass verabschiedet hat, der die Aufgaben im PAG entsprechend verändert: Die drei wesentlichen Punkte, die für die Änderung des PAG erforderlich sind, darüber hinaus, dass dieses Drohnenschutzkompetenzzentrum am Standort in Erding eingerichtet werden soll und welche Synergien man sich davon erhofft. Wenn ich mir den Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU an dieser Stelle ansehe, dann

stelle ich fest, es steht nichts anderes darin, außer dass man den beabsichtigten Gesetzentwurf begrüßt, bezogen auf die Inhalte, die veröffentlicht worden sind. Wenn Sie diesen Transfer nicht geschafft haben, dann tut es mir leid.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich gebe bekannt, dass Kollege Volkmar Halbleib eine persönliche Erklärung zum Dringlichkeitsantrag beantragt hat. Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, die Wertschätzung bleibt; aber hier ist eine Grundsatzfrage berührt. Die Art und Weise des Umgangs bei diesem Thema und mit diesem Gesetzentwurf – –

(Michael Hofmann (CSU): Die Zeit läuft nicht!)

Lieber Kollege, ich würde jetzt bitten, den Redner nicht zu unterbrechen. Ich habe das Wort erteilt bekommen. Ich werde das Wort jetzt nutzen, auch wenn es Ihnen nicht passt.

(Widerspruch bei der CSU)

So, dann können Sie jetzt zuhören. Danke schön. – Ich finde es an dieser Stelle bemerkenswert, wie die Staatsregierung mit diesem Gesetzentwurf umgeht. Wenn sich der zuständige Staatssekretär hierhin stellt und sagt, ihm entzieht sich, ob die CSU-Fraktion oder die FREIEN WÄHLER auf irgendeinem Weg diesen Gesetzentwurf bekommen haben, dann möchte ich einmal deutlich ansprechen, dass man auf eine solche Art und Weise mit dem Parlament nicht umgeht. Wir müssen aus der Nichtbeantwortung dieser Frage schließen, dass es zumindest gut möglich ist, dass die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER diesen Gesetzentwurf vorliegen haben. Wenn die Oppositionsfraktionen diesen nicht haben, ist es ein Problem, das wir deutlich ansprechen müssen. So geht man mit dem Parlament nicht um.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur Klarstellung möchte ich anmerken, dass es sich bei dem Beitrag um eine weitere Wortmeldung der SPD-Fraktion gehandelt hat. Diese ist der SPD-Fraktion auf die Redezeit der Dringlichkeitsanträge angerechnet worden.

(Michael Hofmann (CSU): Genau! Danke schön!)

Es ging gerade etwas schnell. Ich entschuldige mich dafür, aber nun ist es, glaube ich, für alle klar.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/8268 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/8269 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen der SPD und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.